

Bern, 21. April 2015

Medienmitteilung

Mehr Spielraum für Schweizer Unternehmen

Unser Einsatz für einen besseren Klimaschutz

FDP.Die Liberalen steht für eine wirtschaftlich sinnvolle Klimapolitik ein. Die Schweiz soll ihren CO2-Ausstoss senken – wir helfen mit. Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates fordert auf Vorschlag der FDP mehr Spielraum für Schweizer Unternehmen. Diese sollen mindestens 50 % der Emissionsrechte im Ausland kaufen können. So sind die Klimaschutz-Ziele wirtschaftsverträglich und besser erreichbar.

Bis zum Jahr 2020 soll die Schweiz – gemessen an 1990 – 20 % weniger CO₂ im Inland ausstossen. Dieses Ziel soll einerseits durch einen effizienteren Energieverbrauch, andererseits durch Emissionsrechte erreicht werden. Unternehmen, welche am Emissionshandelssystem teilnehmen, erhalten jährlich Emissionsrechte zugeteilt. Energieintensive Unternehmen nehmen obligatorisch daran teil, mittlere Unternehmen können sich freiwillig anschliessen. Emissionsrechte können unter den Unternehmen gehandelt werden. Wer effizienter wird und den CO₂-Ausstoss senkt, benötigt weniger Emissionsrechte und kann die nicht benötigten verkaufen. So erhalten die Unternehmen Anreize, effizienter zu werden und ihren CO₂-Ausstoss zu reduzieren.

Wirtschaftlich interessant

Klimapolitik ist eine globale Politik. In diesem Kontext stellen wir fest, dass die Schweiz alleine aber zu wenige Emissionsrechte anbietet, als nachgefragt werden. „Das Ziel, die Emissionen um 20 % zu reduzieren, ist alleine mit Massnahmen im Inland nicht realisierbar“ sagt Nationalrat Jacques Bourgeois. Daher muss es wieder möglich sein, ausländische Bescheinigungen zu handeln. Die Preise für die ausländischen Emissionsrechte sind zudem massiv günstiger als die inländischen. Ausländische Emissionsrechte handeln zu können wäre also auch aus wirtschaftlicher Sicht äusserst interessant.

Initiative der FDP

Die FDP hat bereits vor einem Jahr die parlamentarische Initiative „[Für eine umwelt- und klimafreundliche Energieversorgung](#)“ eingereicht. Diese verlangt, dass die bestehende CO₂-Abgabe in eine echte Lenkungsabgabe umgewandelt wird. Das heisst auch, dass die Einnahmen daraus vollständig an Haushalte und Unternehmen rückverteilt werden. Heute ist dies nicht der Fall. Das ist störend, das wollen wir korrigieren.

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – **aus Liebe zur Schweiz**

Kontakte:

- › Peter Schilliger, Nationalrat, 078 671 14 18
 - › Jacques Bourgeois, Nationalrat, 079 219 32 33
 - › Christian Wasserfallen, Nationalrat und Vize-Präsident FDP.Die Liberalen, 078 648 39 71
 - › Georg Därendinger, Kommunikationschef, 079 590 98 77
-

